



Kerstin Westphal
Mitglied des Europäischen Parlaments



Neues aus dem EU – Parlament von Kerstin Westphal

03.06.2016

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche wurde der „Pakt von Amsterdam“ unterzeichnet – ein Meilenstein für die Zukunft der EU-Städtepolitik! Neben der früheren Einbindung in den Entscheidungsprozess, sollen Städte leichter Zugang zu EU-Fonds bekommen. Immerhin leben etwa 70 Prozent der Bevölkerung Europas im urbanen Raum. Es ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer besseren Einbeziehung der Städte in europäische Politik!

Darüber hinaus im Newsletter: Neue Frontex-Agentur, Transparenz in der Sharing-Economy, Warnung an Polen sowie eine Terminankündigung für den Bezirksparteitag der SPD-Unterfranken.

Viel Spaß beim Lesen

Eure Kerstin Westphal

Startschuss für bessere europäische Stadtpolitik

Mehr Mitsprache und leichter Zugang zu EU-Fonds für urbane Gebiete

Städtische Räume stehen vor großen Herausforderungen. Integration, Armut, Klimawandel - diese Themen sind in Städten besonders spürbar. Um diese Herausforderungen meistern zu können, spielen Akteure vor Ort eine entscheidende Rolle. Denn ein Großteil der EU-Gesetzgebung wird auf lokaler Ebene umgesetzt - **und die Kommunen brauchen dabei Unterstützung aus Europa!** Städte und Kommunen dürfen sich nicht im unübersichtlichen Dschungel der europäischen Gesetzgebung oder der Fördermöglichkeiten verlieren. Es ist richtig, Zuständigkeiten zu bündeln und eine Anlaufstelle bei der Kommission zu schaffen, an die sich Kommunen bei Fragen oder Problemen wenden können. Mehr dazu: <http://kerstin-westphal.de/meldungen/startschuss-fuer-bessere-europaeische-stadtpolitik/>

PS: In diesem Artikel der Süddeutschen Zeitung bekommt ihr einen Überblick über die „Urbane Union“: <http://www.sueddeutsche.de/politik/pakt-von-amsterdam-die-urbane-union-1.3010329>

Mehr demokratische Kontrolle, mehr Schutz für Grundrechte

Innenausschuss verabschiedet Verhandlungsmandat für neue Frontex-Agentur

Außengrenzen von Mitgliedstaaten sind zugleich europäische Außengrenzen. Auch deshalb soll die europäische Grenzschutzagentur Frontex aufgestockt werden und mehr Befugnisse bekommen. Diesen Ansatz unterstützt der Innenausschuss des Europäischen Parlamentes mit einer breiten Mehrheit. Mehr dazu: <https://www.spd-europa.de/pressemitteilungen/mehr-demokratische-kontrolle-mehr-schutz-fuer-die-grundrechte-2625>

Digitalisierung sozial gestalten

EU-Kommission legt Vorschläge zu mehr Transparenz in der Sharing Economy vor

Die EU-Kommission hat ihre Mitteilung zur Sharing Economy vorgestellt. U. a. sollen Leitlinien für Unternehmen, VerbraucherInnen und Behörden eingerichtet werden. Durch diese Leitlinien könnte die Transparenz sowohl für junge als auch für etablierte Unternehmen erheblich verbessert werden. Wir fordern insbesondere auch die Aufnahme kommunaler Regeln! Denn diese bestimmen oftmals die rechtlichen Voraussetzungen für die Aufnahme von Geschäftsmodellen der Sharing Economy. Nur dann können diese neuen Leitlinien zu einer sozialen und nachhaltigen Gestaltung der Sharing Economy beitragen. Mehr dazu: <https://www.spd-europa.de/pressemitteilungen/digitalisierung-sozial-gestalten-2629>

Warnung an Polens Regierung

Lösung der Verfassungskrise im Land steht weiter aus

Da die Gespräche mit Warschau nicht zum Einlenken der polnischen Regierung führten, hat die EU-Kommission eine formale Stellungnahme verabschiedet, in der sie die Bedenken zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Polen genau aufführt. Polens Ministerpräsidentin Beata Szydło sollte die Warnung der EU-Kommission sehr ernst nehmen und die Entwicklung hin zu zwei parallelen Rechtssystemen und die damit verbundene Rechtsunsicherheit im Land endlich beenden! Mehr dazu: <https://www.spd-europa.de/pressemitteilungen/warnung-polens-regierung-2628>

Terminankündigung: Bezirksparteitag der SPD-Unterfranken

Diesen Samstag, den 04. Juni 2016 findet in Mellrichstadt der Bezirksparteitag der SPD-Unterfranken statt. Auch ich werde vor Ort sein und mehrere Anträge vorstellen. Ich freue mich auf viele bekannte GenossInnen und spannende Diskussionen!



Mit EU-Kommissarin für Regionalpolitik Corina Crețu bei der Unterzeichnung des „Pakts von Amsterdam“

Euch allen ein schönes und erholsames Wochenende! ☺

Europabüro Würzburg: Kerstin Westphal, Semmelstraße 46R, 97070 Würzburg.
E-Mail: kerstin.westphal@ep.europa.eu - Telefon: +49 931 4525 3128, Fax +49 931 45253129

www.kerstin-westphal.de www.facebook.com/kerstin.westphal

<https://twitter.com/WestphalKerstin>

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten: Mail an: galek@kerstin-westphal.de